NACHRICHTEN

Bombenanschläge in Russland

MOSKAU: Bei zwei Bombenanschlägen in Russland sind am Sonntag mindestens sieben Menschen getötet worden. In Wladikawkas, der Hauptstadt Nordossetiens, starben nach Angaben des Innenministeriums fünf Menschen, 17 weitere wurden verletzt. Die mit Bleistücken gespickte Bombe, die in einer Tasche deponiert war, detonierte laut der Nachrichtenagentur ITAR-TASS auf dem Marktplatz der Stadt. Zu dem Anschlag bekannte sich niemand. Im März vergangenen Jahres waren bei einer Bombenexplosion auf dem Markt von Wladikawkas mehr als 60 Menschen ums Leben gekommen. Bei einem zweiten Anschlag in Rostow am Don starben am Sonntag zwei Menschen. Zwei weitere wurden nach Medienberichten verletzt, als ein Sprengsatz im Eingang eines Geschäfts detonierte.

Papst liest Messe in Gefängnis

ROM: Papst Johannes Paul hat die Justizbehörden in aller Welt zu einem barmherzigen Umgang mit Häftlingen aufgerufen. Während einer Messe im römischen Gefängnis Regina Coeli

sagte Johannes Paul: «Im Namen Jesu, der zu unserer Befreiung gekommen ist, bitte ich die Behörden um ein Zeichen der Gnade gegenüber allen Gefangenen.» Der Papst wurde von Dutzenden Gefangenen und Aufsehern umgeben, neun Häftlinge dienten als Messdiener, 14 weitere als Chorsänger. Etwa 900 Gefangene der überfüllten Strafanstalt verfolgten die Messe über mehrere Grossbildschirme.

Haider wurde Ehrenbürger von Jesolo

ROM/JESOLO: Bei Protesten gegen den Besuch des Kärntner Landeshauptmannes Jörg Haider (FPÖ) im italienischen Adria- Badeort Jesolo ist es am Samstagnachmittag zu Auseinandersetzungen zwischen den Demonstranten und der Polizei gekommen. Die Demonstranten versuchten die Absperrzäune um das Rathaus von Jesolo umzustossen, wurden jedoch von den Polizisten unter Knüppeleinsatz daran gehindert. Nach Angaben der italienischen Nachrichtenagentur AGI warfen die Demonstranten Steine und Knallkörper gegen die Polizisten. Haider gelangte durch eine Hintertüre ins Rathaus, wo er zum Ehrenbürger Jesolos ernannt wurde.

Protestanten-Marsch

PORTADOWN: Unter starken Sicherheitsvorkehrungen ist der protestantische Oranierorden am Sonntag durch die nordirische Stadt Portadown marschiert. Über 1000 Mitglieder protestierten gegen das Verbot, durch eine Katholiken-Strasse zu marschieren. Den Protestanten war der Marsch durch die von Katholiken bewohnte Garvaghy Road untersagt worden. Das Verbot der unabhängigen Paradekommission hatte bereits in den vergangenen Tagen und Nächten zu Gewalt in Nordirland geführt. Über 1000 Mitglieder des Ordens zogen nach einem Gottesdienst in der Kirche von Drumcree unweit von Portadown zu einer sieben Meter hohen Metallabsperrung. Mit dieser wurde ihnen ihr traditioneller Marsch durch die Garvaghy-Strasse verwehrt.

Israelische Regierungskoalition vor dem Aus

Schas-Partei kündigt als dritter KoalitionspartnerAusstieg an - Misstrauensanträge gegen Regierung

JERUSALEM: **Zwei Tage vor dem Beginn des Nahost-Gipfels in den USA stand die Regierung des israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak vor dem Aus. Drei Koalitionspartner, darunter mit der ultraorthodoxen Schas-Partei auch der grösste, verkündeten am Sonntag ihren Ausstieg aus dem Bündnis.**

Wegen Zweifel an den Erfolgsaussichten des Gipfels sagte auch Aussenminister David Levi seine Reise nach Camp David ab. Barak sieht sich zudem heute Montag drei Misstrauensabstimmungen in der Knesset gegenüber. Sollte einer davon nicht die notwenige Mehrheit von 61 Stimmen erhalten, wäre die Regierung gescheitert. Barak wollte seine Teilnahme am Gipfel aber nicht absagen.

Nach dem Rückzug der Schas-Partei, mit 17 Parlamentsabgeordneten grösster Koalitionspartner von Baraks Arbeitspartei, sind die Chancen auf eine parlamentarische Mehrheit für ein Friedensabkommen zudem praktisch auf Null gesunken. Schas-Parteivorsitzender Eli Ischai begründete den Ausstieg aus der Koalition am Sonntag mit Bedenken, Barak könne auf dem Gipfeltreffen zu grosse Zugeständnisse an die Palästinenser machen. Ischai kritisierte, dass der Regierungschef im Vorfeld keine klaren Kompromissgrenzen genannt habe. Barak reagierte mit Bedauern auf den Rückzug der Schas-Partei. Deren Abgeordneten warf er vor, persönliche und parteitaktische Motive über die Interessen des Landes zu stellen. Nach Ischais Worten stand am Sonntag noch nicht fest, ob Schas für den Misstrauensantrag der Opposition stimmt: «Noch ist alles offen.» Am Sonntagmorgen trat bereits Innenminister Natan Scharanski von der Einwandererpartei Israel B'Aliya zurück. Auch die Nationalreligiöse Partei trat aus der Koalition aus.

Der israelische Ministerpräsident Ehud Barak ist wegen seiner Zugeständnisse an die Palästinenser schwer unter Druck geraten: gleich drei Koalitionspartner sind aus dem Regierungs-Bündnis ausgetreten. Heute muss sich Barak zudem drei Misstrauensabstimmungen im Parlament stellen.

Danni Naveh von der oppositionellen Likud-Partei forderte Barak am Sonntag auf, die Reise zum Nahost-Gipfel sofort abzusagen. Nun sei klar geworden, dass Barak keine Regierung und keine Mehrheit im Parlament habe und nur eine Minderheit Israels vertrete. In Camp David will Barak ab Dienstag unter Vermittlung von US-Präsident Bill Clinton mit dem palästinensischen Präsidenten Jassir Arafat über ein Friedensabkommen verhandeln. Clinton warnte am Sonntag vor einem Scheitern des Gipfels. Dieses werde die Region in Unruhen stürzen und für mehr Feindseligkeiten und Blutvergiessen sorgen.

US-Raketenabwehr-Test fehlgeschlagen

Pentagon enttäuscht - Clinton will Bericht abwarten - Moskau spricht von Geldverschwendung

WASHINGTON: Der Fehlschlag beim Test für den Aufbau einer nationalen Raketenabwehr in den USA hat die International umstrittenen Rüstungspläne um Monate zurückgeworfen.

Bei dem mit Spannung erwarteten Test verfehlte eine Abfangrakete den abgeschossenen Übungssprengkopf. «Wir sind enttäuscht», sagte Generalleutnant Ronald Kadish. Die Entscheidung über die Weiterentwicklung der Nationalen Raketenabwehr (NMD) liegt jetzt bei US-Präsident Bill Clinton.

Bei dem Versuch am Samstagmorgen verlief zunächst – von einer zweistündigen Verzögerung abgesehen – alles nach Plan: Die Abfangrakete startete gegen 06.40 Uhr (MESZ) auf dem Kwajalein-Atoll der amerikanischen Marshallinseln im Pazifik – 21 Minuten nach dem Start einer Langstreckenrakete des Typs «Minuteman» mit der Sprengkopfattrappe – vom 6900 Kilometer östlich gelegenen Luftwaffenstützpunkt Vandenberg in Kalifornien. Doch dann löste sich das so genannte «Kill-Vehicle» nicht von der Abfangrakete, die Interkontinentalrakete mit dem Übungssprengkopf konnte deshalb ungestört ihre Bahn ziehen und das vorgesehene Ziel erreichen. Weil sich das Geschoss der Abfangrakete nicht löste, konnte auch das ausgefeilte Sensorensystem nicht getäuscht werden, mit dem das «Kill-Vehicle» die angreifende Rakete orten und zerstören soll.

Als Ursache nannte das Pentagon zunächst eine Panne bei der Übermittlung des elektronischen Signals für die Loslösung des «Kill-Vehicle». Bei der späteren Analyse ergab sich ausserdem, dass die Abfangrakete nach einem Steuermanöver nicht in angemessener Entfernung geraten war. Bereits im Januar war ein Versuch mit gleichem Ergebnis gescheitert, wobei das Kill-Vehicle nicht in der Lage war, das zu orten, was es eigentlich zerstören sollte. Der erste Test im Oktober vergangenen Jahres war hingegen erfolgreich verlaufen. Für den Herbst ist ein vierter Versuch angesetzt.

Clinton will nach Informationen aus dem Nationalen Sicherheitsrat zunächst den Bericht von Verteidigungsminister William Cohen über den dritten Test des Systems abwarten. Auf dieser Grundlage werde der Präsident voraussichtlich im Herbst entscheiden, ob der bisherige Zeitplan einer Stationierung des Systems bis zum Jahr 2005 weiter verfolgt werde, hiess es aus dem Nationalen Sicherheitsrat.

Kritik aus dem Kongress

Im Kongress verstärkte sich nach dem Fehlschlag die Kritik. «Es ist kaum vorstellbar, dass eine Spitzenmannschaft unter Ihrer Führung so gestolpert ist», schrieb Senator Byron Dorgan an den Präsidenten und forderte, dass der Präsident die Ursachen prüfen werde. Neben den technischen Fragen ist auch die Finanzierung umstritten. Das Pentagon hat die Kosten für ein System mit 100 Abfangraketen auf 36 Milliarden Dollar veranschlagt. [illegible] des 100 Millionen Dollar teuren Tests mit Genugtuung aufgenommen. Der Kommandeur der russischen Langstreckenraketenstreitmacht, General Wladimir Jakowlew, bezeichnete das Projekt als Geldverschwendung. In einem Interview der russischen Nachrichtenagentur ITAR-TASS sagte Jakowlew, dass die geplante Raketenabwehr nicht in der Lage sei, amerikanisches Territorium zu schützen.

Armut ist Killer Nummer eins

Mbeki eröffnete gestern die 13. Welt-Aids-Konferenz in Südafrika

DURBAN: Der Präsident Südafrikas, Thabo Mbeki, hat am Sonntagabend die 13. Welt-Aids-Konferenz in Durban offiziell eröffnet. In seiner Rede bezeichnete er die Armut als weltweite Todesursache Nummer eins.

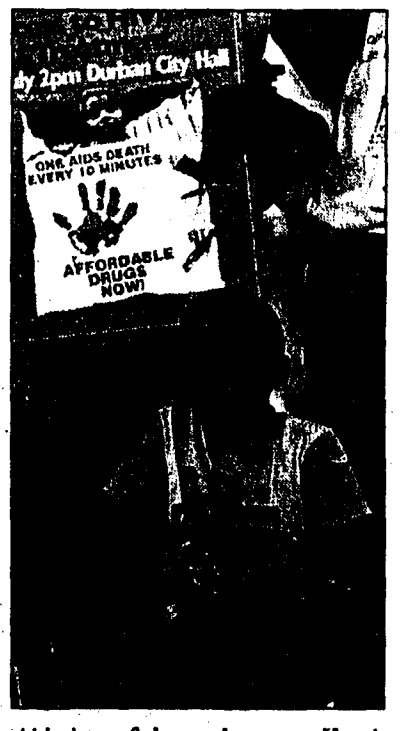
Die Tragödie, die sich zur Zeit in vielen afrikanischen Ländern abspiele, habe nicht in erster Linie den Aidserreger zur Ursache. «Der grösste Killer der Welt und die häufigste Ursache für Krankheit und Leiden rund um den Erdball ist extreme Armut», zitierte Mbeki einen Bericht der Weltgesundheitsorganisation WHO.

Zuvor hatten internationale Aids-Organisationen dringend gefordert, Medikamente und künftige Impfstoffe gegen Aids auch ärmeren Ländern zugänglich zu machen. Es gebe zu wenig politischen Willen, Aids-Infizierte auch in den Entwicklungsländern sinnvoll zu behandeln. Die von vielen erhofften klaren Worte zum Zusammenhang von HIV und der grassierenden Aidsepidemie in Afrika sparte Mbeki jedoch aus.

Noch am Nachmittag hatten die Organisatoren der Aidskonferenz, darunter Unaids und die Internationale Aids Gesellschaft (IAS), sowie der Präsident der Konferenz, Prof. Hosen Coovadia (Südafrika), auf ein eindeutiges Nein des Politikers zu der Theorie der so genannten Aids-Dissidenten gehofft, die einen Zusammenhang zwischen HIV und Aids leugnen.

Mbeki kündigte vor Tausenden im Stadion von Durban an, ein von ihm einberufenes Expertengremium, zu dem auch Vertreter der Dissidenten-These gehören, werde bis zum Jahresende einen gemeinsamen Bericht vorlegen. Darin soll es unter anderem um die Zuverlässigkeit der gängigen HIV-Tests sowie die Verbesserung des Krankheitsüberwachungssystems gehen.

Bis dahin werde die bereits laufende Aids-Kampagne fortgesetzt, die unter anderem Aufklärung vor ungeschütztem Sex sowie die Forschung nach Impfstoffen und antiviralen Medikamenten umfasse. Die Regierung zaudere nicht, sich der Herausforderung von HIV/Aids zu stellen, sagte Mbeki.



Aids ist auf dem schwarzen Kontinent die grösste Seuche. Auch Kinder sind davon in grosser Zahl betroffen. Meist von den Eltern angesteckt.

Am Nachmittag hatte Winnie Mandela an einem Protestmarsch zum Kampf gegen die Pharmakonzerne aufgerufen. Südafrika dürfe sich der Macht des Marktes nicht beugen, sondern müsse bezahlbare Medikamente in eigener Lizenz produzieren oder sie billig aus anderen Ländern importieren, forderte die Ex-Frau des früheren südafrikanischen Präsidenten Nelson Mandela.

An der Aids-Konferenz treffen sich unter dem Motto «Das Schweigen brechen» 11000 Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus 178 Ländern, um über die Auswirkungen der Seuche und ihre Behandlungsmöglichkeiten zu sprechen.

Es ist das erste Mal, dass die Konferenz in einem Entwicklungsland stattfindet.